

# Rheinland Express

Clara-Schumann-Gymnasium Dülken

Tageszeitung

Mittwoch, 20.12.2023

## Hat unser Rentensystem eine Zukunft?

Seit ihrer Reform im Jahr 1957, basierend auf dem Prinzip der Umlagefinanzierung, war die gesetzliche Rentenversicherung eine tragende Säule der sozialen Sicherheit.

Allerdings haben sich diese Zeiten geändert und die finanziellen Herausforderungen sind größer denn je.

Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, insbesondere das unverhältnismäßig niedrige Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern, das aktuell bei zwei zu eins liegt und eine steigende Lebenserwartung setzen das Rentensystem unter Druck. Dazu kommt noch, dass die aktuelle Geburtenrate in Deutschland bei 1,53 Kindern pro Frau stagniert, während die Baby-Boomer-Generation allmählich in den verdienten Ruhestand geht.

Dies führt zu einem Dilemma, da die Beiträge der Erwerbstätigen nicht ausreichen, um die steigenden Anforderungen der Rentenzahlungen zu decken.

Quelle: Deutschlandfunk.de



Immer mehr Rentner, immer weniger Beitragszahler: Lange geht das nicht mehr gut.

Foto © : bilderstoecken/ stock.adobe.com

## Leserbrief

*Der stille Kampf eines Rentners – Ein Appell für eine gerechte Rentenreform*

*Sehr geehrte Leserinnen und Leser,*

*Mein Name ist Robert Müller und in diesem Brief möchte ich auf ein Thema aufmerksam machen, das viele Menschen in unserem Land betrifft, nämlich die prekäre Situation von Rentnern, insbesondere jenen, die ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet haben.*

*Ich beziehe nun seit drei Jahren Rente und muss trotzdem noch in einem Minijob arbeiten, um meinen Lebensunterhalt finanzieren zu können. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch ein trauriges Beispiel dafür, dass unser Rentensystem an seine Grenzen stößt.*

*Es ist höchste Zeit, dass die Regierung dieses Problem ernsthaft angeht und dringend in Angriff nimmt. Menschen wie ich haben ihr ganzes Leben lang Steuern und Sozialabgaben gezahlt und jetzt müssen wir mit einer unzureichenden Rente auskommen. Wir Rentner haben ein Leben lang hart gearbeitet und sollten deshalb nicht noch im Alter mit finanziellen Sorgen kämpfen müssen.*

*Es ist nicht nur ein individuelles Leid, sondern ein strukturelles Problem, das eine umfassende Reform des Rentensystems erfordert. Die Politik muss sich dieser Herausforderung stellen und nachhaltige Lösungen für die Sicherung der Altersvorsorge finden. Es kann nicht sein, dass wir Rentner bis ins hohe Alter auf Nebenjobs angewiesen sind, um unsere Grundbedürfnisse zu decken.*

*Es ist an der Zeit, dass die Regierung handelt und eine Rentenreform auf den Weg bringt. Die Zukunft unserer Rentner sollte nicht von Unsicherheit und finanziellen Sorgen geprägt sein.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Robert Müller*

## Finanzierung der Renten: Milliardenbelastung für den Bundeshaushalt weckt sorgen

*Ein Blick auf die massiven Bundeszuschüsse und ihre Auswirkungen auf den Bundeshaushalt wirft Fragen über die Zukunft des Rentensystems auf.*

Im Jahr 2020 überschritt der Bundeszuschuss für die gesetzliche Rentenversicherung bereits die 100 Milliarden Euro Grenze. Diese Zuschüsse unterstreichen nicht nur die Dringlichkeit des Problems, sondern auch die Belastung für den Bundeshaushalt.

Diese finanzielle Herausforderung beeinträchtigt die Spielräume der Regierung und gibt Anlass zur Sorge über die langfristige Stabilität des Rentensystems.

Die politischen Ziele, das Rentenniveau bei mindestens 48 % zu halten und den Beitragssatz bis 2025 nicht über 20 % steigen zu lassen, setzen die Regierung unter enormen Druck. Laut Prognosen wird ein weiterer massiver Anstieg des Bundeszuschusses auf über 260 Milliarden Euro bis 2030 notwendig sein – ein Betrag, der satte 60 % des gesamten Bundeshaushalts ausmachen würde.

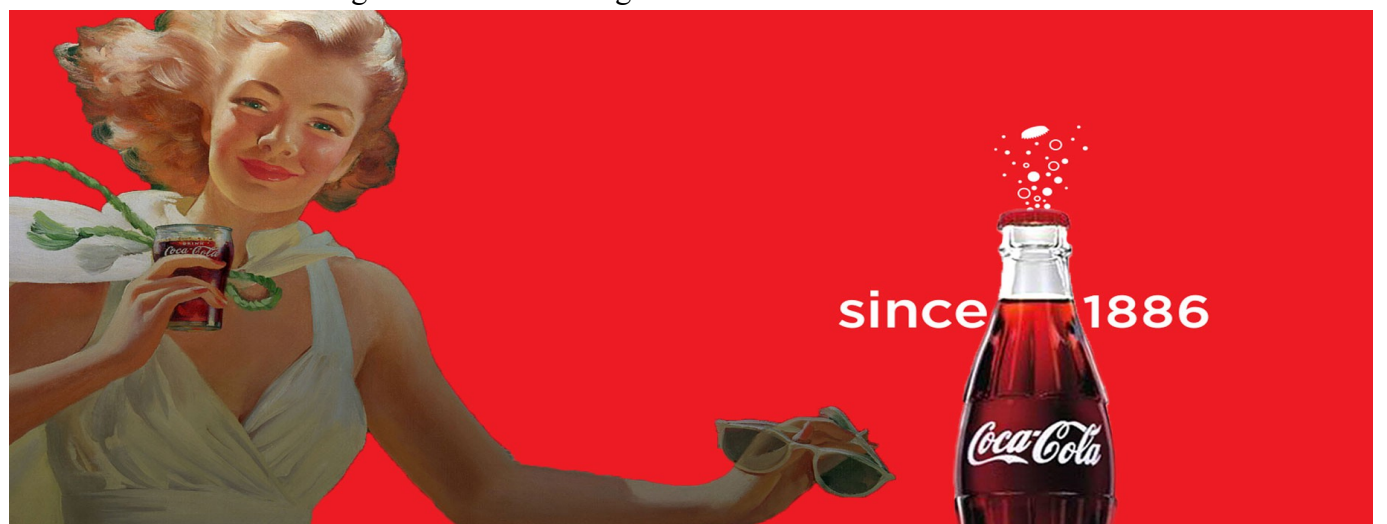
Dieser Betrag würde die Bundesregierung in Zukunft vor eine kaum lösbare gigantische finanzielle Herausforderung stellen. Gleichzeitig

wirft dieser Betrag auch die Frage auf, wie nachhaltig und tragfähig das aktuelle Rentensystem tatsächlich ist.

Die steigenden Bundeszuschüsse und ihre Auswirkungen auf den Haushalt werfen einen Schatten auf die finanzielle Zukunft Deutschlands. Der Balanceakt zwischen der Sicherung des Rentenniveaus und der Begrenzung des Beitragssatzes steht im Fokus der politischen Diskussion, während die Regierung nach Wegen sucht, die Rentenfinanzierung auf eine solide Grundlage zu stellen.

Während das Jahr 2030 näher rückt, bleibt die Frage: Welche Wege wird Deutschland einschlagen, um die finanzielle Belastung zu mildern und gleichzeitig eine gerechte Rentenversorgung für kommende Generationen zu gewährleisten?

Quelle: <https://aschulz.abgeordnete.fdpbt.de>





# Ist die Aktienrente die Lösung?

## Schutz der Rente durch Kapitalmarkt: Lindners visionäres Konzept

Bundesfinanzminister

Lindner präsentiert einen innovativen Ansatz zur Sicherung der Altersvorsorge: Ein eigener Rentenfonds, gefüllt durch staatliche Kapitalzuführung, soll über eine öffentlich-rechtliche Stiftung verwaltet werden. In einer 15-jährigen „Ansparphase“ sollen jährlich mindestens zehn Milliarden Euro eingezahlt werden, um einen dreistelligen Milliarden-Kapitalstock aufzubauen.

Die Herausforderung besteht darin, dass die Renditen erst ab 2037 in das Rentensystem fließen sollen. Diskussionsbedarf besteht vor allem hinsichtlich der Herkunft der Einzahlungen. Um die Schuldenbremse zu umgehen, sollen Darlehen aufgenommen werden, was jedoch Zinsverpflichtungen mit sich bringt. Die Verwaltung des Fonds soll in die Hände einer unabhängigen Stelle gelegt werden, um politische Einflussnahme zu verhindern. Die Rendite aus



Mit der Aktienrücklage, wie sie Finanzminister Christian Lindner (FDP) vorschlägt, würde die Koalition Neuland betreten. Bisher wird die Rente nur durch Beiträge und Steuern finanziert. Foto © : Friedrich Bungert

dem Fond sollen nicht nur die Rentenbeiträge deckeln, sondern auch die Darlehenszinsen erwirtschaften, um staatliche Subventionen zu vermeiden. Neben der Rentensicherung könnte der Fonds auch die kerntechnische Entsorgung unterstützen, indem er das KENFO-Projekt finanziell stärkt. Die genaue Umsetzung dieser wegweisenden Pläne bleibt jedoch noch in der Koalition zu klären, insbesondere die Finanzierungsquelle für die geplanten Einzahlungen.

Quelle: Deutschlandfunk.de

## Risiken der Aktienrente

Investitionen in Aktien versprechen hohe Rendite, doch der Weg zum finanziellen Erfolg birgt seine Gefahren. Die Finanzkrise von 2008 und die Dotcom-Blase sind Mahnmale für Anleger. In diesen turbulenten Phasen sanken die Kurse, Banken gingen Pleite, Staaten mussten eingreifen, und die Werte von Aktien schrumpften erheblich.

Finanzminister Lindner schätzt die Situation realistisch ein und betont, dass eine Rendite von "mehr als drei, vier Prozent" zu erwarten sei. Auf lange Sicht zeigen Statistiken, dass breit gestreute Aktienanlagen im Schnitt sechs bis acht Prozent Rendite pro Jahr erzielen können. Doch die entscheidende Voraussetzung für Erfolg ist Geduld – Anleger müssen bereit sein, ihre Investitionen über viele Jahre zu halten.

Daher sollten die Chancen gegen die Risiken abgewägt werden, bevor man anfängt, anzulegen. Ein ausgewogenes Portfolio und eine vorausschauende Strategie können helfen, das Verlustrisiko zu mildern. Die lockenden Renditen sollten stets von einer bewussten Risikobereitschaft begleitet werden, um auch in turbulenten Zeiten die finanzielle Stabilität zu wahren.

Quelle: Deutschlandfunkkultur.de



## Kommentar

## Kontroverse um Lindners Rentenpläne

Die gegenwärtigen Herausforderungen in der Rentenpolitik können nicht mehr ignoriert werden.

Bundesfinanzminister Lindner schlägt deshalb eine unkonventionelle Lösung vor – die Altersvorsorge über den Kapitalmarkt. Die Idee, einen Rentenfonds mit staatlichem Kapital aufzubauen, der in Aktien investiert, klingt vielversprechend. Doch auch wenn dies eine Möglichkeit bietet, den Rentenmarkt zu stärken, birgt die Aktienrente nicht zu unterschätzende Risiken.

Dass es eine Veränderung in unserer Rentenpolitik geben muss, dürfte den meisten mittlerweile klar sein. Dennoch bin ich mir persönlich nicht sicher, ob die Aktienrente die beste Lösung ist. Meiner Meinung nach birgt die Aktienrente zu viele Risiken und mangelt einer klaren Struktur. Daher sollte man weiterhin nach Alternativen suchen oder die Idee der Aktienrente besser ausbauen.

Die Pläne von FDP-Chef Christian Lindner zur teilweisen Absicherung der Rentenversicherung durch Kapitaldeckung stoßen auf ein geteiltes Echo innerhalb der Ampel-Koalition.

Die FDP hat die Einführung von Kapitaldeckung im Rentensystem als Bedingung für die Regierungskoalition mit SPD und Grünen festgehalten. Hubert Heil (SPD), zuständig für das Arbeitsministerium, soll in seinem angekündigten zweiten Rentenpaket auch den Vorschlag zum Generationenkapital einfließen lassen, jedoch liegt bisher kein konkretes Konzept vor.

Von den Grünen kommt Skepsis und Kritik gegenüber Lindners Aktienrente. Bedenken bestehen im Hinblick auf die Unzureichendheit des Kapitalstocks zur Schließung der Rentenlücke. Zudem sorgte Lindners Äußerung, auch Rentenbeiträge am Aktienmarkt investieren zu wollen, für Besorgnis bei Politikern. Frank Bsirske, Grünen-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Verdi-Vorsitzender, bezeichnet dies als "Gefährlich" und warnt vor Spekulationen mit Rentenbeiträgen. Auch von den Linken,

Sozialverbänden und Gewerkschaften hagelt es Kritik. Michaela Engelmeier, Vorsitzende des Sozialverbands Deutschland, weist auf die Unsicherheit des Kapitalmarkts hin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert Lindners Pläne ebenfalls scharf und kündigt „erbitterten Widerstand aller Gewerkschaften“ an, sollten Rentenbeiträge am Aktienmarkt investiert werden.

Neben den Politikern und Gewerkschaften melden sich auch Experten und Wirtschaftsweiser zu Wort. Wirtschaftsweiser Martin Werding warnt davor, dass das Generationenkapital keinen substanziellen Beitrag zur Entlastung der Rentenkassen leisten würde. Der mögliche Ertrag von zehn Milliarden Euro könnte laut Werding den Beitragssatz zur Rente ab 2035 lediglich um 0,5 Prozentpunkte senken, wie er gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ berichtet hat.

Insgesamt spiegelt die Debatte um Lindners Rentenpläne unterschiedliche Meinungen innerhalb der Ampel-Koalition und breiter Teile der Gesellschaft wider, wobei Bedenken

hinsichtlich der Finanzierung und Risiken im Vordergrund stehen.

Quelle: Deutschlandfunk.de

